



## AUTOR



**Prof. Dr. Thomas Straubhaar**  
Direktor des HWWI und Profes-  
sor an der Universität Hamburg  
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

## DEUTSCHLAND

### Deutschland hat die Wahl

Deutschland steht vor der Wahl. Am 22. September wird der Bundestag neu bestellt. Zwei Themen werden die Entscheidung bestimmen: Soll Deutschland am Euro festhalten und sollen die Steuern erhöht werden? Nimmt man die Wahlprogramme der Opposition, müsste es um Deutschland ganz schlecht stehen. Nur ein abrupter Kurswechsel könne noch das Schlimmste verhindern. Nüchtern betrachtet, ist das Gegenteil richtig. Deutschland geht es besser als jemals zuvor seit der Wiedervereinigung. Für eine fundamentale Änderung weder in die eine Richtung - weg mit dem Euro, noch in die andere - hin zu höheren Steuern, gibt es überzeugende Argumente.

Beim Euro sind es viele Deutsche satt, den ewigen Zahlmeister für strukturschwache Länder zu spielen und dafür als zu strenger Zuchtmeister von den Hilfsempfängern an den Pranger gestellt zu werden. Die „Alternative für Deutschland“ hat als neue Ein-Thema-Partei enormen Zulauf besonders auch aus dem national(istisch)en Lager. Vor allem Ältere wollen den ungeliebten Euro möglichst rasch los werden und zur D-Mark zurückkehren, selbst wenn dadurch keine bestehenden Probleme wirklich gelöst, dafür aber viele neu geschaffen würden.

Bei der Steuergerechtigkeit geht es um „die Entlastung von Millionen statt der Entlastung von Millionären“ wie es Jürgen Trittin, der Spitzenkandidat der Grünen, mit Blick auf die Steueraffäre um den FC-Bayern-Präsidenten Uli Hoeneß auf den Punkt bringt. Der Staat brauche mehr Geld, um all' das finanzieren zu können, was die

Menschen von ihm erwarteten – so die Meinung von Rot-Grün. Höhere Einkommensteuern für Gutverdienende, eine Verdoppelung der Erbschaftsteuern, eine Wiedereinführung der Vermögensteuer, vor allem aber ein konsequentes Schließen aller Steuerschlupflöcher und ein radikaler Kampf gegen Steuerflüchtlinge und -hinterziehung sind das Arsenal, mit dem Rote und Grüne Steuermoral und Steuergerechtigkeit erzwingen wollen.

Als hätten die öffentlichen Haushalte in Deutschland ein Einnahmeproblem! Fakt ist, dass der Staat noch nie so viel Geld zur Verfügung hatte wie heute. Je mehr Deutsche Arbeit haben, umso stärker sprudeln die Steuerquellen und umso weniger Geld muss für staatliche Hilfs- und Beschäftigungsprogramme aufgewendet werden. 750 Milliarden Euro, mehr als jemals zuvor, haben die öffentlichen Haushalte im letzten Jahr eingenommen. Steuer- und Sozialbeiträge zusammen genommen, erlauben es dem Staat, zwei von fünf in Deutschland erwirtschaftete Euro für eigene Zwecke zu nutzen, um damit gemeinsame politische, gesellschaftliche und auch wirtschaftliche Ziele zu verwirklichen.

Entscheidend ist aber offenbar nicht, wie viel Geld der Staat hat, sondern, was er damit macht. Allein schon knappe Mittel nicht zu verschwenden, sondern besser zu verwenden, würde für einen besseren, leistungsfähigeren und gerechteren Staat sorgen. Gerechter, weil dann mehr Geld für eine Umverteilung von reich zu arm zur Verfügung stünde und staatliche Mittel effektiver und effizienter eingesetzt werden könnten. Jährlich werden viele Mil-

liarden Euro Steuergelder verschwendet und Milliarden Euro werden nicht zielgenau eingesetzt. Die öffentlichen Bauvorhaben in Hamburg (Elbphilharmonie), Berlin (Flughafen) und Stuttgart (Bahnhof) stehen symbolisch für Kostenexplosionen bei staatlichen Projekten.

Bei einer nachhaltigen Sanierung der Staatshaushalte müsste es vor allem um eine Beschäftigung und Wachstum fördernde Politik gehen und damit vor allem um Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Infrastrukturpolitik und erst dann um eine staatliche Ausgabenpolitik zur Umverteilung von Erfolgreichen zu jenen, die nicht so viel verdienen, weniger Geld zur Verfügung haben, arm oder in Not geraten sind. Höhere Steuersätze oder neue Steuerquellen sind für einen so verstandenen starken, leistungsfähigen und für mehr Gerechtigkeit sorgenden Staat nicht erforderlich.

Natürlich mag es viele gute Gründe für Pessimisten geben, dass der Höhepunkt der Entwicklung erreicht und die Grenzen des Wachstums überschritten seien. Aber es gibt mehr und bessere Argumente, wieso Deutschland nicht am Ende des Fortschritts steht, sondern am Anfang eines neuen Zeitalters mit mehr Chancen und höherem Wohlstand für mehr Menschen.

Deutschland geht es gut. Besser denn je. Die Beschäftigung bricht alle bisherigen Rekorde. Die Arbeitslosigkeit liegt auf einem Tiefststand. Nicht die Arbeit geht aus, sondern die Arbeitskräfte. Und das, obwohl die Globalisierung einen weltweit harten Wettbewerb stimuliert und obgleich der rasche Strukturwandel das Veränderungstempo dramatisch verschärft hat.

Frauen haben heutzutage mehr Chancen als ihre Mütter, gleichzeitig in Familie und Beruf erfolgreich zu sein. Ältere werden nicht mit 55 in Frühruhestand zum al-

ten Eisen geschickt, sondern werden bis 70 und darüber hinaus gebraucht, gehören auch im Alter mitten zur Gesellschaft, bringen sich politisch ein und bleiben den Firmen als zunehmend unverzichtbare Wissens- und Erfahrungsträger immer länger erhalten.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat sich als äußerst wirkungsvolle Sozialpolitik erwiesen. Nach einer langen Phase der Zurückhaltung beginnen die Reallöhne moderat zu steigen. Mehr Deutsche können aus eigener Kraft und Leistung ihren Lebensunterhalt und ihren Konsum selber finanzieren und bedürfen nicht mehr der staatlichen Unterstützung. Die Einkommensschere beginnt sich, wenn auch nur langsam, aber immerhin in Tripelschritten zu schließen.

Für die Zukunft braucht Deutschland nicht Angst und Bange zu werden. Im Gegenteil: die Aussichten sind grandios. Während das übrige Europa wirtschaftlich darbt und die anderen Mitglieder des Euro-Raumes noch lange von Rezession, enorm hoher Beschäftigungslosigkeit und um sich greifender Armut geplagt sein werden, verbessern sich die deutschen Wachstumsaussichten weiter. Die deutsche Industrie ist international in herausragendem Maße wettbewerbsfähig. Das sorgt für steigende Umsätze und damit stabile Beschäftigungsverhältnisse auch für die kommenden Jahre. Bald schon wird in Deutschland „Arbeit für alle“ Vollbeschäftigung möglich machen.

Der Zukunftsoptimismus fußt bei Weitem nicht nur auf dem Ökonomischen. Er steht auf einem viel breiteren Fundament. Die heutige Generation erlebt die längste Phase des Friedens der deutschen Geschichte. Kein Krieg, kein Sterben auf dem Schlachtfeld oder im Schützengraben und keine Angst vor Staatsterror, Bürgerkrieg oder politischer Gewalt machen Deutsch-

land zu einem friedlichen Land. Noch nie konnten Kinder und Jugendliche so wohlbehütet erwachsen werden.

Mehr noch: In den letzten Dekaden ist gerade auch im internationalen Vergleich mit anderen westlichen Demokratien Deutschland mehr und mehr zu einem von Toleranz und Modernität geprägten Land geworden, in dem alle sagen und vor allem auch tun dürfen, was sie denken. Nirgendwo werden Andershandelnde, Außenseiter und von allgemeinen Normen und Werturteile abweichende Minderheiten rechtsstaatlich besser geschützt und gesellschaftlich offener toleriert. Auch das sind exzellente Voraussetzungen, um als Gesellschaft in einer Welt erfolgreich zu bleiben, die nicht nur in Deutschland bunter und vielfältiger werden wird.

Sicher ist Deutschland noch lange kein Paradies. Und ohne Zweifel bleibt das Besere der Feind des Guten. Noch ist enorm viel zu tun. Viel zu viele Menschen haben viel zu wenige Chancen, das zu tun, was sie am besten können und am meisten wollen. Zu viele Potenziale werden verschwendet, weil sie nicht oder falsch beschäftigt sind. Zu viele haben zu wenig, um eigenständig in Würde und Anstand leben zu können.

Um vieles besser zu machen, bedarf es jedoch nicht einer radikalen Abkehr vom Erfolgspfad des letzten Jahrzehnts. Deutschland ist mit dem Euro und ohne Steuererhöhungen auf gutem Wege und ganz sicher auf besserem als bei einer Umkehr einer Strategie, die auf Europa als politischer Garant für Friede und Sicherheit, Toleranz als Grundlage einer modernen Gesellschaft und eine prosperierende Wirtschaft als Voraussetzung für Sozialpolitik, Umverteilung und Gerechtigkeit setzt.

*Dieser Beitrag erschien am 3. Mai 2013 auf „Finanz und Wirtschaft“ ([www.fuw.ch](http://www.fuw.ch)).*